



Gemeinsamer Bundesausschuss gemäß § 91 SGB V

Nr. 03 / 2011

Methodenbewertung

Nutzen und medizinische Notwendigkeit der Protonentherapie zur Behandlung von Lebermetastasen wissenschaftlich nicht belegt

Berlin, 20. Januar 2011 – Die Protonentherapie zur Behandlung von Lebermetastasen erfüllt nicht die erforderlichen Kriterien, um als stationäre Leistung zu Lasten der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) erbracht werden zu können. Eine entsprechende Entscheidung hat der Gemeinsame Bundesausschuss (G-BA) am Donnerstag in Berlin getroffen.

Der Beschluss basiert auf der Auswertung der verfügbaren wissenschaftlichen Daten zum Nutzen und zur Notwendigkeit der Protonentherapie bei operablen und nichtoperablen Lebermetastasen. Dabei konnten keine entsprechenden Belege gefunden werden. Zusätzlich zeigte sich, dass es noch offene Fragen zur Sicherheit der Methode gibt, die einem breiten Einsatz dieser Behandlung derzeit entgegenstehen.

Die Protonentherapie ist eine spezielle Form der Strahlentherapie. Lebermetastasen sind Absiedelungen von nicht lebereigenen Tumoren, die häufig als Folge von Darmkrebs auftreten.

Der G-BA hat den gesetzlichen Auftrag, Untersuchungs- und Behandlungsmethoden, die zu Lasten der gesetzlichen Krankenkassen im Rahmen einer Krankenhausbehandlung angewandt werden oder angewandt werden sollen, daraufhin zu prüfen, ob sie für eine ausreichende, zweckmäßige und wirtschaftliche Versorgung der Versicherten unter Berücksichtigung des allgemein anerkannten Standes der medizinischen Erkenntnisse erforderlich sind.

Der Beschluss des G-BA wird dem Bundesministerium für Gesundheit (BMG) zur Prüfung vorgelegt und tritt nach erfolgter Nichtbeanstandung und Bekanntmachung im Bundesanzeiger in Kraft. Der Beschlusstext und die Beschlusserläuterung werden in Kürze auf folgender Internetseite veröffentlicht:

<http://www.g-ba.de/informationen/beschluesse/zum-aufgabenbereich/25/>

Seite 1 von 2

Ihre Ansprechpartnerin:
Kristine Reis-Steinert

Telefon:
0049(0)30-275838-173

Telefax:
0049(0) 30-275838-105

E-Mail:
kristine.reis-steinert@g-ba.de

Internet:
www.g-ba.de



Ihre Ansprechpartnerin:
Kristine Reis-Steinert

Telefon:
0049(0) 30-275838-173

Telefax:
0049(0) 30-275838-105

E-Mail:
kristine.reis-steinert@g-ba.de

Internet:
www.g-ba.de

Der **Gemeinsame Bundesausschuss (G-BA)** ist das oberste Beschlussgremium der gemeinsamen Selbstverwaltung der Ärztinnen und Ärzte, Zahnärztinnen und Zahnärzte, Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten, Krankenhäuser und Krankenkassen in Deutschland. Er bestimmt in Form von Richtlinien den Leistungskatalog der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) für etwa 70 Millionen Versicherte. Der G-BA legt fest, welche Leistungen der medizinischen Versorgung von der GKV übernommen werden. Rechtsgrundlage für die Arbeit des G-BA ist das fünfte Buch des Sozialgesetzbuches (SGB V).

Den gesundheitspolitischen Rahmen der medizinischen Versorgung in Deutschland gibt das Parlament durch Gesetze vor. Aufgabe des G-BA ist es, innerhalb dieses Rahmens einheitliche Vorgaben für die konkrete Umsetzung in der Praxis zu beschließen. Die von ihm beschlossenen Richtlinien haben den Charakter untergesetzlicher Normen und sind für alle Akteure der GKV bindend.

Bei seinen Entscheidungen berücksichtigt der G-BA den aktuellen Stand der medizinischen Erkenntnisse und untersucht den diagnostischen oder therapeutischen Nutzen, die medizinische Notwendigkeit und die Wirtschaftlichkeit einer Leistung aus dem Pflichtkatalog der Krankenkassen. Zudem hat der G-BA weitere wichtige Aufgaben im Bereich des Qualitätsmanagements und der Qualitätssicherung in der ambulanten und stationären Versorgung.

Weitere Informationen finden Sie unter www.g-ba.de